

Politisches Verständnis des AZR:*

Für BRD-Behörden von BGS bis Botschaften und vom Sozialamt bis VS das zentrale Erfassungs- und Informationsinstrument gegen MigrantInnen, Flüchtlinge usw.

Datenbasis für rassistische und nationalistische Definition der Nicht-Deutschen und ihren Ausschluss von staatsbürgerlichen deutschen und EU-Rechten.

Kontinuität zur Ausländererfassung im NS.

Im AZR werden Prototypen und Vorläufer von erweiterter Überwachung und neuen Techniken erprobt und realisiert.

Tendenziell nicht mal im Einklang mit bürgerlich-rechtsstaatlichen Normen - Klage gegen AZR vom BVerfG seit sechs Jahren nicht behandelt.

Linkes Interesse an einer Kampagne gegen AZR:

Klassische Gegenöffentlichkeit herstellen, da das AZR im Vergleich zu seiner Bedeutung nahezu unbekannt ist.

Darstellung und Kritik der rassistischen besonderen Behandlung von Nicht-Deutschen in Deutschland vor 45, der BRD und der EU am Beispiel des AZR.

Kritik der staatlichen Überwachung - nicht nur der von Nicht-Deutschen - am Beispiel des AZR.

Antirassistische Mobilisierung.

Chancen:

Kritik am AZR wird voraussichtlich von vielen (politischen) MigrantInnen und Flüchtlingen geteilt, mit einigen könnte sich eine neue Zusammenarbeit ergeben.

Anknüpfend an die Erfahrungen in der Zwangsarbeiterdebatte ließen sich evtl. anhand der Speicherung von Ausländerdaten im NS weitere Argumente gegen das AZR und die BRD/EU-Politik finden.

Es gibt bereits eine linksliberale und datenschutzrechtliche Kritik am AZR, siehe z.B. den Big Brother Award an das AZR, wodurch zumindest manche bereits für das Thema sensibilisiert sind.

Das Thema Überwachung ist derzeit angesagt, in manchen Medien oder der Netzgemeinde würde mensch durchaus Öffentlichkeit und Unterstützung finden.

Eine Kampagne gegen das AZR würde einen "frischen" Anlaufpunkt nach den Ausländerbehörden und Abschiebeknästen bieten.

Vielleicht lassen sich Kontakte zu europäischen Gruppen herstellen, die ihre nationalen "Ausländerregister" thematisieren wollen. Das AZR und die neuen Ausländer- und Sicherheitsgesetze lassen sich in einer Kampagne zusammenbinden - über die Verknüpfung könnten auch Anti-Kriegs-Gruppen das AZR als einen Teil ihrer Praxis auffassen und sich beteiligen. (An dieser Verknüpfung müsste aber ggf. noch gut gearbeitet werden).

Probleme:

Das AZR wird als Beispiel für rassistische Überwachung etc. aufgegriffen, also auf einer gewissen Abstraktionsebene, es fehlt noch ein ganz konkreter, in einer Parole einfach auszuformulierender Grund gerade das AZR zum Ziel einer Kampagne zu nehmen.

Die reale Arbeit des AZR lässt sich wohl kaum behindern, Erfolge in materieller Hinsicht sind also höchstens via Öffentlichkeit zu erwarten durch eine Kampagne.

Im Gegensatz zu Solidaritätsarbeit wie Medibüro oder Kirchenasyl usw. gibt es bei der Kampagne keine direkten Kontakte zu Flüchtlingen - das AZR ist "unpersönlich".

Es könnte sein, dass das AZR für europäische Strukturen aufgrund der entstehenden SIS-Rechenzentren weniger wichtig wird - das wäre zu klären und ggf. zu berücksichtigen.

* Diese Gedanken sollen nur Anregungen für die Diskussion einer Anti-AZR-Kampagne oder -demo liefern, falsche oder fehlende Informationen also bitte korrigieren bzw. nachtragen.

Dieser Text entstand v o r Kenntnis des Aufrufs, der am 10.1.02 über die Coyote-Liste kam.